

(Abgeordneter Schmidt [Freiberg].)

(A) des Glaubens, daß, entgegen der wirklichen Überzeugung der Herren, auch die jetzige Regierung eines Tages auf die Neurath'schen Ideen eingehen könnte. Wir sind aber der Ansicht, daß man bei der Sozialisierung sich vor den ersten Anfängen hüten muß,

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

denn wenn man einmal auf der schiefen Ebene angekommen ist, so ist es schwer, den Wagen, der dem Abgrunde entgegenrollt, aufzuhalten. Wir sind der Ansicht, daß jeder einzelne Fall besonders geprüft werden muß und daß die freie Kraft des schaffenden Volkes möglichst wenig eingedämmt werden darf, da wir nur durch deren Entfaltung zur Wiederaufrichtung des gesamten Erwerbslebens kommen können.

Zwar gibt es auch hier eine Grenze. Die Entfaltung der freien wirtschaftlichen Kraft der einzelnen und der Berufskörperschaften muß die Grenze finden an der Rücksicht auf das Wohlergehen der Allgemeinheit. Das ist der Punkt, in dem wir uns von der sogenannten kapitalistischen Weltanschauung scharf scheiden.

Meine Herrschaften! Die Entwicklung der freien Kräfte des einzelnen oder der Wirtschaftskörperschaften darf nie so weit gehen, daß das ganze Volk oder große Teile desselben Schaden leiden.

(B) Also unter möglichster Berücksichtigung des Gemeinwohls fordern wir Entfaltung der freien Kraft des einzelnen, denn wir sind der festen Überzeugung, daß durch eine übertriebene Schablonisierung und allgemeine Sozialisierung die wertvollsten Kräfte des Volkes brachgelegt werden und daß die freie Wirtschaft die beste Nährmutter der Volkswohlfahrt, auch der sittlichen und geistigen Kultur ist. Durch diese unsere Anschauungen sind wir die wirksamsten Befürworter einer gesunden Sozialpolitik, denn diese kann nur gedeihen auf dem Boden der Privatwirtschaft. Die übertriebene Sozialisierung und Schablonisierung legt jede Unternehmungslust lahm und führt dahin, daß jede Möglichkeit, aus dem jetzigen Tiefstande des Wirtschaftslebens wieder herauszukommen, schwindet, daß jede Regung des Unternehmungsgesistes, durch die allein eine Neubelebung und die Beschaffung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeit erzielt werden kann, von vornherein unterbunden wird.

Der private Unternehmungsgesist muß gehoben werden. Denn nur er und die Ordnung im Lande hält das Wirtschaftsleben noch aufrecht. Der Staatsbetrieb arbeitete und wirtschaftete niemals so gut, ja, er kann niemals so gut wirtschaften wie der Privatbetrieb, weil den leitenden Männern des Privatbetriebes das Verantwortungsgefühl durch ihr eigenes Interesse noch gestärkt wird. Das hat

auch der Reichsminister Wiffel anerkennen müssen. Wir warnen davor, sich durch eine verhängnisvolle Nachgiebigkeit nach links, aus Furcht vor Straßenunruhen u. dergl. zu einer überhasteten, die Volkswohlfahrt vernichtenden Sozialisierung verleiten zu lassen.

Die Sozialisierung in der Volkswirtschaft darf nicht bei allen möglichen Betrieben einsetzen, sondern bei der Einzelperson. Jeder einzelne soll sozial denken und handeln lernen. Dann erreichen wir bei Aufrechterhaltung der Privatbetriebe alle jenen Ziele der Arbeiterschaft, die man durch die Sozialisierung erstrebt, die aber niemals erreicht wird. Das Ideal in der Beziehung ist nur zu erreichen durch soziales Denken aller einzelnen Personen und dadurch, daß sich die gesamten Kräfte in persönlicher Freiheit entfalten, weil dadurch die Produktion gehoben und gleichzeitig der einzelne in seiner körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung nicht behindert wird. So haben wir hier schließlich den einzigen Weg, aus den jetzigen Schwierigkeiten herauszukommen, nicht durch Sozialisierung der Betriebe, sondern durch soziales Denken und Handeln des einzelnen.

Also wir fordern freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte; wir fordern sie im Interesse der ganzen Volkswohlfahrt. Wir müssen sie aber besonders fordern zur Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes. Unsere ganze Kriegswirtschaft hat von vornherein daran gekrankelt und tut es heute noch, daß man das Hauptgewicht auf die Verteilung und nicht auf die Erzeugung gelegt hat. Unsere warnenden Stimmen sind ja jederzeit ungehört verhallt. Man hat dem Stande, der die Lebensmittel erzeugt, der Landwirtschaft, die drückendsten Fesseln auferlegt, und wir müssen zu deren Beseitigung kommen, wenn wir weitschauenden Blickes die Ernährung des deutschen Volkes wieder sicherstellen wollen.

Man ist aber leider sehr wenig geneigt, der Landwirtschaft die ihr zustehende Bedeutung auch zuzumessen. Das beweist wieder der Umstand, daß unter den Friedensunterhändlern sich nicht ein einziger Vertreter der Landwirtschaft befindet. Das sieht nicht so aus, als ob man die Bedeutung dieses großen Berufszweiges richtig eingeschätzt habe. Es werden auch bei den Friedensverhandlungen natürlich sehr viel Fragen landwirtschaftlicher Natur erörtert werden müssen, und es ist zu bedauern, daß man die Landwirtschaft hier vollständig ausgeschlossen hat. Als der Herr Wirtschaftsminister jetzt einmal klarstellte, welche Berufe er in dem von ihm anscheinend heiß gewünschten Sozialisierungsamte vertreten haben wollte, so nannte er alle möglichen, nur nicht die Landwirtschaft, und das sieht wieder so aus,

(A) a

r

u

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r

r